

Informationen zu Datenverarbeitungen im Rahmen der Veranlagung von kommunalen Steuern und Abgaben nach Artikel 13, 14 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Verantwortlicher: Stadt Uetersen, Der Bürgermeister, Wassermühlenstraße 7, 25436 Uetersen, Tel.: 04122/714-0, Email: info@stadt-uetersen.de

Der Bürgermeister der Stadt Uetersen hat die Steuerabteilung beauftragt, ihn in steuerlichen Angelegenheiten zu vertreten. Im Rahmen dieser Aufgabe verarbeitet die Steuerabteilung personenbezogene Daten zu steuerlichen Zwecken.

Datenschutzbeauftragter: Stadt Uetersen, Datenschutzbeauftragter, Wassermühlenstraße 7, 25436 Uetersen, Tel.: 04122/714-221, Email: DSB@stadt-uetersen.de

Bei Fragen zum Datenschutz oder vermuteten Verletzungen des Datenschutzrechtes können Sie sich an den Datenschutzbeauftragten der Stadt Uetersen wenden.

Zweck der Datenverarbeitung: Festsetzung und Erhebung der kommunalen Steuern und Abgaben (Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Zweitwohnungssteuer, Grundbesitzabgaben) sowie in diesem Zusammenhang stehende Folgeaufgaben wie z.B. die Bearbeitung von Stundungs- und Erlassanträgen sowie Anträgen auf Aussetzung der Vollziehung.

Wesentliche Rechtsgrundlagen: Art. 6. Absatz 1 Buchstabe c) und e) Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i. V. m. § 29b Absatz 1 Abgabenordnung (AO), Weiterverarbeitung gem. § 29c Absatz 1 AO und §§ 1, 3, 4 und 18 Kommunalabgabengesetz (KAG) i.V.m. den Satzungen der Stadt Uetersen.

Die Steuerabteilung geht mit personenbezogenen Daten sorgsam um. Sie werden grundsätzlich vertraulich behandelt. Um unsere Aufgabe zu erfüllen, die Steuern nach den Vorschriften der Abgabenordnung (AO) und der Steuergesetze gleichmäßig festzusetzen und zu erheben (§ 85 AO), benötigen wir personenbezogene Daten.

Ihre personenbezogenen Daten werden in dem steuerlichen Verfahren verarbeitet, für das sie erhoben wurden (§ 29b AO). Nur in den gesetzlich ausdrücklich zugelassenen Fällen dürfen wir die zur Durchführung eines steuerlichen Verfahrens erhobenen personenbezogenen Daten auch für andere steuerliche oder nichtsteuerliche Zwecke verarbeiten (Weiterverarbeitung nach § 29c Absatz 1 AO).

Verpflichtung zur Bereitstellung der Daten: Steueranmeldepflichten, Veränderungsanzeigen und Auskunfts- und Mitwirkungspflichten aus § 18 KAG i.V. m. der AO. Mögliche Folgen: Bußgelder, Schätzungsbescheide, Verspätungszuschläge.

Personenbezogene Daten: Als personenbezogene Daten werden durch die Steuerabteilung insbesondere verarbeitet: Persönliche Kontaktangaben (Vor- und Nachname), Adresse, Steuernummer, E-Mail-Adresse, Bankdaten, Telefonnummer. Wir erheben Ihre personenbezogenen Daten in erster Linie bei Ihnen selbst, z. B. durch Ihre

Steuererklärungen, Teilnahme am SEPA-Lastschriftverfahren, Mitteilungen oder Anträge.

Dauer der Speicherung und Aufbewahrungsfristen: Die Daten bleiben mindestens solange gespeichert, wie eine Steuerpflicht besteht oder die Festsetzungsverjährung noch nicht eingetreten ist, offene Forderungen bestehen, oder gesetzliche Aufbewahrungsfristen noch nicht abgelaufen sind.

Weitergabe der Daten: Die Weitergabe von Daten an Dritte erfolgt nur mit Zustimmung der betroffenen Person oder wenn die Weitergabe aufgrund gesetzlicher Vorgaben aus den genannten Rechtsgrundlagen zugelassen ist.

Rechte der betroffenen Person:

Von der Datenverarbeitung betroffene Personen haben nach Maßgabe der Artikel 15 bis 18 und 21 DSGVO folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO):
Die betroffene Person hat das Recht, von der Steuerabteilung eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten von der Steuerabteilung verarbeitet werden; ist dies der Fall, hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten (Auskunft auf Antrag).
- Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO):
Die betroffene Person hat das Recht, von der Steuerabteilung unverzüglich die Berichtigung nicht (mehr) zutreffender personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung hat die betroffene Person außerdem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten - auch mittels einer ergänzenden Erklärung - zu verlangen.
- Recht auf Löschung bei unzulässiger Datenverarbeitung (Art. 17 DSGVO):
Die betroffene Person hat das Recht, von der Steuerabteilung zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO):
Die betroffene Person hat nach Art. 18 Abs. 1 DSGVO das Recht, von der Steuerabteilung die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, insbesondere für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit der personenbezogenen Daten oder der Bearbeitung eines Widerspruches gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten.
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO):
Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, Widerspruch einzulegen.

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein

Holstenstraße 98, 24103 Kiel, Telefon 0431 988-1200

E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de, Internet www.datenschutzzentrum.de